

Für menschliche Begegnung auf Augenhöhe

■ GABRIELE HEINISCH-HOSEK



Gabriele Heinsch-Hosek, Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst.

Es gibt bestimmte Grundwerte, die mir sehr wichtig sind und die mein Leben und mein Handeln prägen. Eine meiner Überzeugungen ist, dass man der Ellbogengesellschaft entgegenwirken muss – im Alltag, aber natürlich auch in der Politik. Das versuche ich im Privatleben etwa, indem ich eine Patenschaft für eine afrikanische Familie übernommen habe und sie soweit es geht von hier aus unterstütze. Ich setze mich auch seit vielen Jahren für die Rechte behinderter Menschen ein und bin sehr eng mit dem Schwedenstift verbunden, einer wunderbar geführten Einrichtung in Perchtoldsdorf, in der behinderte Kinder ein Heim finden. Es geht mir darum, für Schwächere einzutreten und jene Menschen zu unterstützen, die es sich im Leben nicht aussuchen können.

Politik für die Schwachen

Für genau jene Menschen, die es sich nicht aussuchen können, will ich auch Politik

machen. Etwa für die Frau, die alleinerziehend ist und sich mit einem Halbtagsjob über Wasser halten muss; für die Migrantin, die es sich nicht aussuchen kann, wie sie in ihrem Gastland aufgenommen wird und welchen Weg sie in ihrem Leben einschlägt; und auch für jene Frauen, die eben keine Karriere machen können, weil sie männerbündische Strukturen oder fehlende Kinderbetreuung davon abhalten.

Zu meiner weltanschaulichen Grundeinstellung gehört aber auch, entschieden gegen neoliberale Phänomene wie Geiz, Gier, Hass oder Neid aufzutreten. Denn sie sind es, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden und Menschen gegeneinander ausspielen. Und sie müssen wir durch Werte wie Toleranz und Respekt entkräften und ersetzen. Ich möchte, dass Menschen sich auf gleicher Augenhöhe begegnen, niemand darf sich über jemand anderen stellen – ganz egal, in welcher unterschiedlichen Positionen man sich befindet.

Schließlich geht es mir immer auch um Chancengleichheit und um Zivilcourage. Jeder Mensch muss in unserem Land die gleichen Möglichkeiten haben, sein Leben frei und unabhängig zu gestalten. Und jenen, die das noch nicht können, müssen wir es ermöglichen – nichts anderes ist mit dem viel zitierten Begriff der Solidarität gemeint. Eine solidarische Gesellschaft ist aber nur dann zu erreichen, wenn genügend Menschen dafür eintreten und laut aufschreien, wenn Hass geschürt, Intoleranz gepredigt und Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Ich weiß, dieser laute Aufschrei ist manchmal schwierig – aber wir müssen weiterhin gemeinsam für gleiche Chancen und eine tolerante Gesellschaft eintreten, da gibt es keine Alternative. Zumindest für mich nicht, weder als Privatperson noch als Politikerin. ■

Frauenarmut: eines der Arbeitsfelder für solidarisch inspirierte Politik

